

**Rede
des Sprechers für Bau- und Wohnpolitik**

Dirk Adomat, MdL

zu TOP Nr. 44

Erste Beratung

Niedersächsische Offensive für bezahlbares Wohnen

Antrag der Fraktion der AfD – Drs. 18/3925

während der Plenarsitzung vom 21.06.2019
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Anrede,

eine der größten Herausforderungen für diese Wahlperiode ist die Schaffung von mehr bezahlbarem Wohnraum. In den Städten und in den ländlichen Räumen.

Ohne Verzögerung wurde das Bündnis für bezahlbares Wohnen im März 2018 initiiert. Am Bündnis nehmen 60 Verbände, Kammern, Kommunen Institutionen und Unternehmen aktiv oder als Unterstützer teil.

Am 7.11. wurden beim wohnungspolitischen Kongress in Hannover die ersten Ergebnisse umgesetzt. 100 Vorschläge wurden im Bündnis erarbeitet. Das Spannende hieran ist, dass es gelungen ist, dass diese in ihren einzelnen Ausrichtungen und Zielsetzungen höchst unterschiedlich aufgestellten Organisationen ein gemeinsames Arbeitsergebnis vorgelegt haben. Es gibt also einen Konsens, wie vorzugehen ist. Wir erleben hier ein höchst strukturiertes und konstruktives Verfahren für eine große Herausforderung, der wir gegenüberstehen.

Ich danke an dieser Stelle allen, die sich in diesen Prozess eingebracht haben und immer noch aktiv einbringen.

Die ersten Erlasse des Ministeriums sind bereits im Verfahren, und Gesetzesänderungen sind in Vorbereitung. Darüber hinaus haben einzelne Verbände und Institutionen diese Ergebnisse auch weiter bearbeitet, und wir als SPD befinden uns hier in einem konstruktiven Austausch.

Anrede,

seit fast 1,5 Jahren arbeiten wir höchst aktiv daran, Vorschläge zu erarbeiten und umzusetzen. Deutlichstes Signal ist die Bereitstellung von 400 Millionen Euro in den Wohnraumförderfonds. Landesmittel, die die zur Verfügung stehenden Entflechtungsmittel deutlich erhöhen.

Alle Parteien hier im Landtag haben in dieser Zeit die Aufgaben erledigt. Bis auf eine. Die legt heute ihr Papier zum Thema vor.

Und was Sie vorlegen, ist schlichtweg eine Frechheit. Ihre Vorschläge sind abgeschrieben, oder sie bewegen sich außerhalb unserer Zuständigkeit.

Schon der erste Punkt greift in die Planungshoheit der Kommunen ein. Würde also gegen die grundgesetzlich garantierte Selbstverwaltungsgarantie verstoßen.

Zweiter Punkt. Vom DGB abgeschrieben;

Dritter Punkt: Gründung kommunaler Baugesellschaften;

Punkt 2 abgeschrieben aber nicht verstanden;

Vierter und fünfter Punkt werden derzeit gerade umgesetzt;

Sechstens. Rücknahme von Schutzvorschriften – aus baulicher Sicht verständlich, nur in Einzelfällen, Gefahr auch für Rettungskräfte;

siebtens soweit nicht ein Verstoß gegen höherrangiges Recht vorliegt in Bearbeitung;

Achtens. Breitbandausbau als Lösung des Problems des kostengünstigen Wohnraums – Thema verfehlt;

Neuntens. Auch hier können die Kommunen im Rahmen ihrer Planungshoheit bereits jetzt reagieren, und machen das bereits;

Zehntens. Welche bürokratische Hürde bei Bauland ist hier gemeint – meistens scheitert es am Naturschutz. Ist für Antragsteller Naturschutz eine bürokratische Hürde oder wurde hier nur ein Allgemeinplatz gesetzt?

Elfens und zwölftens. Auch hier kein neuer Beitrag in die Diskussion.

Keine Offensive.

Alles bereits in der Diskussion und schon wesentlich weiter. Die Antragsteller haben ihre Arbeit nicht gemacht. Kein einziger Vorschlag, der uns tatsächlich weiter bringt oder neue Gesichtspunkte in die Debatte bringt.

Normalerweise sagt man hier, dass man sich auf die Diskussion im Ausschuss freut, hier müssen Sie aber noch erheblich nachlegen. Derzeit haben Sie nichts Verwertbares vorgelegt.